



Donnerstag, 07. Mai 2026, 17:00 Uhr  
~16 Minuten Lesezeit

# Das inszenierte Rentenproblem

Wir werden bei der Frage der Alterssicherung nicht weiterkommen, solange wir uns nicht aus den Fesseln der herrschenden ökonomischen Theorie befreien.

von Peter Frey  
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Andreas von Mallinckrodt)

*Das Denken der meisten Menschen findet immer nur  
in einem bestimmten Rahmen statt, den Machtgruppen*

definiert haben. Erzählungen werden erschaffen, die psychologisch geschickt an die Bedürfnisse der Menschen appellieren. Besonders tückisch ist es, wenn sich von Interessen gelenkte Narrative auf Wissenschaft oder die Naturgesetze berufen. Dann werden sie nicht mehr in Frage gestellt, und ihre Urheberschaft wird verschleiert. Der Terror der ökonomischen Knappheit, die angeblich dazu führt, dass der Vorteil des einen immer zum Nachteil des anderen sein muss, beruht auf einer Prämisse, die unserem dysfunktionalen Finanzsystem eigen ist. In der politischen Debatte wird suggeriert, dass in Folge eherner Wirtschaftsgesetze immer entweder wir selbst oder unsere Nachfahren finanziell Federn lassen müssten. Auf der Suche nach einer Lösung müssen wir also scheinbar unantastbare Denkgrundlagen infrage stellen und tiefer gehen, als es aktuelle politische Rentendebatten meist tun.

**Vorab für die einen zur Erleichterung und für die anderen zur Ernüchterung:** Eine Aufbereitung der Funktionsweise des unser Leben so beeinflussenden Finanzsystems wird es hier nicht (dafür aber in absehbarer Zeit) geben. Doch als Fingerzeig darauf, dass die uns übergeholfene Geschichte vom permanenten Mangel an Geld in unserer Gesellschaft irgendwie faul klingt, mag es sehr wohl taugen. Die seit einiger Zeit in den Informationsraum lancierte Diskussion über eine notwendige Neuausrichtung der gesetzlich verbrieften Altersvorsorge ist dafür bestens geeignet.

# Wählertäuschung

Freilich: Es gibt ein Vor-dem-Wahlkampf und ein Nach-der-Wahl. Und populistische Parteien wie die CDU – ja, die CDU ist eine populistische, ich sage sogar eine rechtspopulistische Partei – achten darauf, wann sie etwas sagen oder eben auch nicht. Noch im Sommer 2024 forderten CDU-Politiker, „das Eintrittsalter für den Ruhestand zu erhöhen“ (1).

Doch im Herbst 2024 hatte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz versichert, dass es „mit ihm keine Rentenkürzung“ geben würde (2). Mit Start des Bundestagswahlkampfes 2025 stellte die CDU dann ihre sogenannte Agenda 2030 vor. Was Rentner und Renten betrifft, wurden diese genau einmal konkret thematisiert:

*„Ergänzend werden wir weitere steuerliche Maßnahmen umsetzen, um freiwillige Mehrarbeit attraktiver zu machen. Dazu stellen wir Überstundenzuschläge steuerfrei. Für Rentner, die freiwillig weiterarbeiten möchten, führen wir die Aktivrente ein: Ein Verdienst bis 2.000 Euro im Monat bleibt dann steuerfrei.“ (3)*

Stellen wir fest, dass da nicht die Rede davon war, „weiterarbeiten“ zu müssen. In der CDU-Agenda war also auch nirgends von einer direkten oder indirekten Erhöhung des Renteneintrittsalters die Rede. Und ebenso wenig las man in diesem Papier etwas von einer notwendigen Neugestaltung der gesetzlichen Altersvorsorge. Gerade im Wahlkampf fand das Thema schlicht nicht statt (4). Ganz offiziell und im Gegensatz zu den Monate zuvor losgelassenen Testballons tönte es nun aus der CDU-Zentrale: „Das Renteneintrittsalter bleibt stabil bei 67 Jahren“ und „Wer unterstellt, die CDU wolle Rentenkürzungen, der lügt“ (5). Alles das kam erst zurück, nachdem die CDU als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen war und die Regierung gebildet hatte. So geht Populismus und das Setzen auf die Einfalt der Wähler.

***Kann man es Politikern zum Vorwurf machen, wenn sie stets aufs Neue dafür belohnt werden, die Wähler hinters Licht zu führen? Ist es nicht eher so, dass es für die Wähler offensichtlich bequemer ist, sich hinters Licht führen zu lassen? Oder anders ausgedrückt: Wie bestellt, so geliefert.***

Aber wer liest schon vor einer Wahl das Grundsatzprogramm der CDU? Dort steht nämlich unmissverständlich:

*„Gleichzeitig zeigt die langfristige Entwicklung aber auch, dass wir immer älter werden. Wenn wir unsere Rente stabil und finanzierbar halten wollen, spricht viel dafür, dass die Lebensarbeitszeit für diejenigen, die arbeiten können, steigen muss und folglich die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt wird.“ (6)*

„Spricht viel dafür“? Ist diese Logik stimmig? Wer fragt schon nach, was denn genau für diese These spricht? Ist Geld ein Naturstoff und nur begrenzt verfügbar? Wovon hängt ab, ob Renten stabil und finanzierbar gehalten werden? Greifen wir vor: Das hängt einzig von der Macht und dem existierenden politischen Willen ab.

## **Das fehlende Geld**

2025 wurden etwa 363 Milliarden Euro an Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausgezahlt. Dem gegenüber stehen Beiträge der Versicherten in Höhe von 321 Milliarden Euro. Die Differenz von 42 Milliarden Euro sowie Mittel zur Deckung weiterer Ausgaben wurden durch Zuschüsse des Bundes ausgeglichen (7).

An dieser Stelle ist festzuhalten, dass auch die gesetzliche Rentenversicherung eine Prämisse, die aus Sicht des Autors einen Sozialstaat auszeichnen sollte, in mehrfacher Hinsicht nicht erfüllt:

das Solidarprinzip. So erhalten mehr als eine Million Menschen, die mindestens 45 Versicherungsjahre aufzuweisen haben, eine Rente von weniger als 1.200 Euro (8). Auf der anderen Seite gibt es eine Beitragsbemessungsgrenze für Besserverdienende, eine Beitragsbefreiung ab einem Bruttoeinkommen von mehr als 5.800 Euro. Diese Deckelung gilt übrigens auch für Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung (9).

## Liegt es an den Beamten?

2024 gab es in Deutschland 1,7 Millionen Beamte (10). Der Betrag dürfte höher ausfallen (11), aber gehen wir einmal davon aus, die Durchschnittsbezüge eines Beamten würden bei 4.000 Euro brutto im Monat liegen. Müssten diese nun 9,8 Prozent in die gesetzlichen Rentenkassen einzahlen, so wie „der ganz normale“ Arbeitnehmer, ergäbe das eine zusätzliche jährliche Beitragssumme von knapp acht Milliarden Euro. Aber der Betrag könnte auch noch höher liegen.

Denn durchschnittlich bekommt ein Beamter bei Eintritt in seinen Ruhestand ein Ruhegehalt von 71,75 Prozent des letzten Dienstbezuges. Das sind 3.240 Euro im Monat. Bei derzeit 1,4 Millionen pensionierten Beamten kostet das die Staatskasse kapitale 90 Milliarden Euro jährlich (gerundet) (12). Und das, ohne dass ein Beamter zuvor auch nur einen müden Euro in die Kasse eingezahlt hat (10i). Wir können festhalten, dass ohne dieses Privileg von Beamtenpensionen das Budget der öffentlichen Haushalte um 90 Milliarden Euro jährlich entlastet würde. Und zwar um fast den gleichen Betrag, der aus Steuermitteln der gesetzlichen Rentenversicherung zugeschossen wird (13).

Die durchschnittliche Rente eines Arbeitnehmers, der regelmäßig in die Rentenkasse eingezahlt hat, liegt dagegen grob gerechnet bei 1.500 Euro im Monat – wohlgemerkt vor Steuern und Sozialabgaben

(14).

Das ist umso erstaunlicher, als die Bezüge jedes Beamten ja auch noch aus öffentlichen Mitteln stammen, also steuer- und schuldenfinanziert sind. Im Nullsummenspiel des Finanzkapitalismus wäre es sicher begrüßenswert, wenn alle volljährigen Mitglieder am Solidarsystem der staatlichen Rentenversicherung teilnehmen würden, also auch Beamte. Das Gleiche gilt damit auch für die Aufhebung von Beitragsbemessungsgrenzen und die einheitliche Berechnung der Renten auf Basis der eingezahlten Beträge. Von einer sozial tatsächlich absichernden gesetzlichen Mindestrente, die jedem betagten Menschen zustehen sollte, gar nicht zu reden.

Die sozial scheinbar so sicheren Perspektiven für Beamte fördern allerdings Konformitätsdenken und Opportunismus. Denn wer im Gegensatz zu einem Großteil der arbeitenden Bevölkerung weich gebettet ist, wird ungern darauf verzichten.

Doch um die Frage in der Überschrift zu beantworten: Nein, es liegt nicht an den Beamten. Aber das Geld fehlt doch – oder etwa nicht?

## **Wie an das fehlende Geld kommen?**

In einem Nullsummenspiel wird stets Umverteilung als Königsweg vorgeschlagen. Geld wird umgeschichtet. Bezeichnenderweise kommt das Thema Umschichtung immer dann zur Sprache, wenn es um die Umverteilung zu Lasten sozialer Leistungen geht.

Ein Lösungsansatz der Merz-CDU wurde bereits weiter oben erwähnt. Die Leute sollen einfach länger arbeiten. Damit zahlen sie mehr in die Rentenkasse ein, und die Rentenzeit wird auf der anderen Seite wieder kürzer. Das ist ein Beispiel, wie

Nullsummenspiele funktionieren. Und der Faktor Arbeit kommt nicht etwa ins Spiel, weil wir eine ungenügende Wertschöpfung und fehlende Arbeitskräfte im Land hätten – auch wenn hier natürlich zu differenzieren ist. Aber hier soll Arbeit das angeblich fehlende Geld „organisieren“ und auf der Ausgabenseite Renten „sparen“. Hier geht es um Geld, nicht etwa um gesellschaftliche Erfordernisse.

Nun, der CDU-Chef, amtierende deutsche Bundeskanzler und Millionär Friedrich Merz ist ja auch ein Geldmann durch und durch. Der Mann tickt in Banknoten und ist selbst von dem, was er da bewirbt, schließlich auch nicht betroffen. Außerdem ist Merz ja auch ein Lobbyist. Er bewirbt Produkte, und das klingt erst einmal so (Hervorhebung durch Autor):

*„Da die gesetzliche Rente allein eine auskömmliche Alterssicherung in vielen Fällen nicht garantieren kann, wollen wir für alle eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen.“ (6i)*

Die Absicht verschwindet hinter einer Lüge. Das decken wir auf und feilen dafür ein wenig an der obigen Aussage:

***Da wir für alle eine verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge einführen wollen, garantieren wir nicht mehr die gesetzliche Rente allein als auskömmliche Alterssicherung.***

Das Eine lässt sich als Alternative erst dann verkaufen, wenn das Andere zuvor als Bewährtes künstlich verknappt wurde. Denn selbstverständlich kann bei entsprechendem politischen Willen die auskömmliche Alterssicherung garantiert werden. Heutzutage werden ganz andere Dinge garantiert, die freilich nichts mit dem Wesen eines Sozialstaates zu tun haben. Weiß denn jeder, was das ist – eine kapitalgedeckte Altersvorsorge? Eines können wir dazu schon festhalten: Solidarisch ist so etwas auf keinen Fall.

Schon immer hat man den einfältigen Wähler an der Nase herumgeführt, wenn es darum ging, ihn zu schröpfen. Erst werden gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt, dann werden die Maßnahmen mit klangvollen, verführerischen Titeln belegt:

*„Bis zum Ende des Jahres werden wir die ersten großen Sozialreformen umgesetzt haben, und die Rente haben wir dabei priorisiert.“ (15)*

Das mag bei den Gläubigen so ankommen, als würde hier das Rentensystem „reformiert“, um gerettet zu werden. Doch es wird angegriffen! Es wird angegriffen, weil es schlicht und einfach ein Geschäftsmodell blockiert. Der Kapitalismus unserer Tage ist darauf aus, alles nur Denkbare zu finanzialisieren, zu kapitalisieren. Dafür gibt es die wohltönenden Begriffe globale Gesundheit, Klimaschutz, Verteidigung, Sozialreformen und weitere. Außerdem werden die Menschen mit dieser Finanzialisierung in ein Boot geholt, das auf zutiefst unethischer Fahrt ist.

Bislang hat noch ein jeder eine gewisse Wahlfreiheit, beim Spiel ums große Geld mitzutun, um auf Kosten Dritter Kasse zu machen – oder eben nicht. Als Kleinanleger bei BlackRock oder Vanguard kann man auch ohne intime Kenntnisse der Szene mit etwas Glück Geld „verdienen“ – Geld „verdienen“ in einem Nullsummenspiel wohlgemerkt. Die „Reformgedanken“ des Friedrich Merz aber *verpflichten* Sie und mich, in einem Fonds Geld anzulegen. Außerdem ist das alter Wein in neuen Schläuchen. Denn etwas in dieser Art gab es auch bereits früher und freiwillig, zum Beispiel kapitalbildende Lebensversicherungen.

Es geht um Altersvorsorge, um Sicherheit im Alter. Angelegtes Kapital kann dazu nicht taugen, denn es ist immer mit Risiken behaftet. Das gilt auch dann, wenn der Pflichtbeitrag in einem Staatsfonds angelegt würde (16). Wer hier mit den Hufen scharrt, das sind Kapitalgesellschaften mit ihren Investmentfonds und

Verbriefungen aller Art. Was diese antreibt, ist die Rendite. Wie die Rendite erzeugt wird, ist sekundär. Primär ist, dass sie erzeugt wird. Aber wenn die Gesellschaft pleitegeht, weil das Geschäftsfeld aus Gründen, die wir noch gar nicht kennen können, zusammenbricht, wird wer dafür haften? Damit sind wir bei ETFs (17). Was hier geschieht, lässt sich so herunterbrechen:

***Der BlackRock-Kanzler Friedrich Merz (und nicht nur er) verkauft dem Wähler an der Börse gehandelte Fonds (ETFs steht für Exchange-Traded Funds), Pakete von Wertpapieren, mit denen ganz einfach spekuliert wird, als private Rentenvorsorge. Die Gier und der pure Kapitalismus lassen grüßen. In dieses Spielchen sollen Menschen hineingezogen werden, um für sich „eine auskömmliche Rente zu garantieren“ (siehe CDU-Papier weiter oben).***

Ein Massenblatt schrieb im Februar des Jahres treffend wie jubilierend: „Merz will die Deutschen zu kleinen Kapitalisten machen“ (18). Hinzugefügt sei: Ob sie das wollen oder nicht.

ETFs sind Kapitalanlagen und damit Risikoprodukte. Sie sichern keinen gesetzlichen Anspruch auf eine garantierte Rente für den Anleger. Man beachte, dass Merz in seiner Partei seit Jahrzehnten als Finanzexperte gehandelt wird. Er weiß um die Risiken des „Finanzprodukts“ (ein Produkt ist das nicht) und hat die Unvorhersehbarkeit des Marktes bereits 2008 in seinem Buch „Mehr Kapitalismus wagen“ beschrieben (19).

Es geht aber noch perverser. Mittels einer „Frühstartrente“ sollen bereits Kinder ab sechs Jahren in ein „kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot“ einzahlen können. Ja, vorerst können sie das. Natürlich zahlen dann die Eltern für die Kinder ein, die ja noch gar kein Einkommen haben – mal abgesehen vom Taschengeld, das sie von den Eltern bekommen. Aber für solch ein „Altersvorsorgedepot“ findet sich plötzlich wieder

Geld in den öffentlichen Kassen (20). Auch hier zur Klarstellung: Das Depot, also der Fonds eines privaten Investmentunternehmens, sammelt Geld aus öffentlichen Kassen, damit dieses Geld dann, wie man so schön sagt, im Markt arbeiten kann.

Was sind das für Fonds? Welche Vermögensverwalter und Banken betreuen die Fonds? Welche Konzerne arbeiten mit dem Kapital?

***Was bleibt? Diejenigen, deren Realeinkommen sinken, sollen mehr für ihre Altersvorsorge investieren – und das in Produkte einer Geldmaschine.***

Aber wo sind tatsächlich die Ursachen zu suchen, dass Befürchtungen geäußert werden, die Rentenkassen würden in Zukunft nicht mehr für die Auszahlung einer vernünftigen Rente für die Versicherten genügen?

## **Geld ist nicht für alle da**

Fangen wir klein an und lassen das folgende Zitat wirken:

*„Die EU-Kommission stellt 1,5 Milliarden Euro für die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie zur Verfügung. Das Geld soll insbesondere dem Abwehrkampf der Ukraine gegen Russland sowie der Aufrüstung in der EU zugutekommen, wie die Brüsseler Behörde mitteilte. Die Zuschüsse für 2026 und 2027 werden demnach am Dienstag öffentlich ausgeschrieben.“ (21)*

Nur, weil es ständig wiederholt wird, wird es nicht richtig. Der „Abwehrkampf der Ukraine“ ist als Erzählung nicht weniger desinformierend als der Begriff einer „europäischen Verteidigungsindustrie“. Es ist ein Muss, stets auf diese massiv verbreiteten Desinformationen hinzuweisen. Aber reden wir von

anderen Beträgen.

42 Milliarden Euro aus Bundesmitteln waren 2025 erforderlich, um das Defizit von Einnahmen zu Ausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung auszugleichen (siehe weiter oben). Im Jahre 2021 betrug der bundesdeutsche Militäretat 38,7 Milliarden Euro (22). Unter dem mit ausufernder Propaganda verbreiteten Vorwand, Deutschland müsste sich auf eine militärische Bedrohung durch Russland einstellen, hat man die Militärausgaben explodieren lassen. Im Jahre 2025 lagen sie mit 86 Milliarden Euro doppelt so hoch wie noch fünf Jahre zuvor. 2026 liegen sie nun bei gar 108 Milliarden Euro (23).

***Der Militäretat soll bis zum Jahre 2029 auf geradezu unfassbare 152 Milliarden Euro steigen (24). Als in Deutschland das letzte Mal in solch einer Art und Weise, dazu schuldenbasiert, hochgerüstet wurde, endete das in einem verheerenden Krieg, der, man beachte, von Deutschland begonnen wurde.***

Aber wo nur hat die Bundesregierung das viele Geld plötzlich her, das sie für die Rente nicht mehr zu haben vorgibt?

Allein für den Wehretat 2026 hat die Bundesregierung mindestens 39 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen (23i). „Der Russe“ wird Tag für Tag als vermeintliche Gefahr in die Wohnzimmer gezaubert, aber die Gefahr ist schlicht fiktiv. Die erforderliche Finanzierung einer solidarischen, gesetzlichen Rente ist dagegen sehr real. Aber warum ist die Finanzierung des Einen über Schulden gedeckelt und beim Anderen nicht akzeptabel? Wo kommt das Geld, das doch gar nicht da ist, plötzlich her?

Willkommen in der Matrix.

# Die Matrix von Schulden und Vermögen

Wir spielen in dieser Matrix mit, weil sie psychologische Seiten an uns „bedient“.

Und auch hierbei spielen die Medien brav mit. So wird auch die von der regierenden Politik vertretene Behauptung, wir hätten ein objektives Problem der Finanzierung von Renten, niemals kritisch hinterfragt. Genauso wie nicht hinterfragt wird, welche Folgen die diversen „Rettungspakete“, „Sondervermögen“ und Ähnliches haben. Vor allem aber, wie diese überhaupt entstehen.

Unwissenheit wird ersetzt durch Glauben. Fehlende Achtsamkeit stärkt den Glauben. Gläubige lassen sich manipulieren.

„Wirtschaftsweise“ ist ein anderer Ausdruck für die berühmter-berühmten „Experten“. Was bei „Corona“ ein **Christian Drosten** (<https://peds-ansichten.de/2024/07/maybrit-illner-christian-drosten-plandemie-leopoldina-schulschliessungen-schweinegrippe-vogelgrippe/>), **Alena Buyx** (<https://peds-ansichten.de/2025/03/alena-buyx-afd-corona-plandemie-leopoldina-narzissmus/>) und **Karl Lauterbach** (<https://peds-ansichten.de/2022/04/karl-lauterbach-satire-corona-hysteriker-psychischer-defekt/>), beim Thema Krieg ein **Roderich Kiesewetter** (<https://peds-ansichten.de/2024/01/mobilisierung-auf-ukrainische-art/>) und **Marcus Keupp** (<https://peds-ansichten.de/2023/11/ukraine-konflikt-marcus-keupp-nzz/>) und beim Thema Klima eine **Claudia Kemfert** (<https://peds-ansichten.de/2025/09/campact-christoph-bautz-felix-kolb-attac-bewegungsstiftung-moveon-soros-wemove/>), das sind beim Thema Renten die „Wirtschaftsweisen“, zum Beispiel Veronika Grimm:

„Es braucht Vorschläge, die die Ausgabenbelastung des Bundeshaushalts und auch der Länder und Kommunen senken.“ (15i)

Der nächste „Wirtschaftsweise“ auf der Matte ist Martin Werding. Wie zuletzt beim Management der PLandemie ist das Spalten gesellschaftlicher Gruppen das A und O:

*„Was wir dringend brauchen, ist eine Ergänzung unserer umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, wo eben die Jungen immer direkt für die Alten zahlen müssen. (...) Was wir dringend brauchen, ist ergänzende Kapitaldeckung.“ (25, 26)*

Nö, brauchen wir nicht. Werding spielt hier Generationen gegeneinander aus. So wie Gesunde in eine Krankenkasse einzahlen, welche die Behandlung Kranker finanziert, so zahlen die Jungen in eine Rentenkasse ein, welche das Leben der Betagten finanziert. Diese Versicherungen funktionieren nach dem Solidarprinzip, zumindest sollten sie das. Aber der „Wirtschaftsweise“ könnte ja auch vorschlagen, ganz wie bei der Rüstung, dass man Finanzlücken einfach durch Schuldenaufnahme schließt. Das tut er nicht. Weil hier das Schuldenmachen „nur“ den Versicherten (Einzahlern wie Rentnern), also der Sozialgemeinschaft zugutekommt?

Da ist er wieder und wieder: der Betrug mit dem angeblichen Nullsummenspiel. An eine „Klima-Agenda“ und deren künstlich erzeugte Kosten, die Hysterie um eine angebliche russische Bedrohung und deren künstlich erzeugter Kosten oder den „Krieg gegen das Virus“ und die damit künstlich erzeugten Kosten haben sich eine Veronika Grimm und ein Martin Werding nicht herangewagt. Ihr Job ist es, für BlackRock, hust, die CDU-Agenda des BlackRock-Lobbyisten Friedrich Merz zu trommeln.

Es geht nie um Schulden, es geht stets um Geschäftsmodelle. Kennt der geneigte Leser all die Sondervermögen, die gleichzeitig Schulden über Hunderte Milliarden Euro darstellen und die Schuldenbremse des Bundes zur Makulatur machten? Hier sind die größten ihrer Art:

- Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS, Finanzkrise 2008),
- Investitions- und Tilgungsfonds (ITF),
- Wirtschaftsstabilisierungsfonds Corona (WSF-Corona),
- Sondervermögen Bundeswehr (SV BW),
- Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK), (27).

Schulden, Kredite und Vermögen drücken sämtlich das Gleiche aus: Bei Banken aus dem Nichts geschöpftes Giralgeld. Banken, die über dieses Geld zuvor gar nicht verfügten. Wer gehört nun wem? Die Banken den Regierungen oder eher die Regierungen den Banken? Warum haben souveräne Staaten eigentlich keine eigenen Banken und somit auch keine Souveränität über die Geldschöpfung? Belassen wir es an dieser Stelle bei den Fragen. Fragen, die neugierig machen sollten.

## **Motive und Fazit**

Für die „private Seite“, die einflussreicher Konzerne und Banken, wird also Geld geschöpft. Auf der gesellschaftlichen Seite, bei den Sozialsystemen, wird dagegen das Intermediärsystem als Grundlage vorgegeben. Also, dass das Geld aus den Beiträgen der Menschen kommen muss, um das System am Leben zu erhalten. Geld müsste vorher existent sein, um verwendet werden zu können.

Der Mangel an Geld für Sozialsysteme ist ein scheinbarer. Er ist politisch gewollt. Genauso wie der offensichtliche Nichtmangel an Geld für die Militarisierung politischem Willen entspringt. Wenn Geld benötigt wird, kann es geschöpft werden. Und das wird getan.

Wenn man die Bevölkerung in soziale Nöte zwingt, macht man sie gleichzeitig dafür bereit, in die Kriegswirtschaft einzutreten. Das wird gesetzlich reguliert. Das Absenken von Sozialstandards ist

genauso politischer Wille – und eben nicht „aus der Not geboren“ – wie die Herstellung einer objektiv überhaupt nicht notwendigen Kriegswirtschaft. Denn die Bedrohung ist eine Geschichte, aber die Geschichte spiegelt nicht die Realität. Die Erzählungen von diversen, alarmierenden Bedrohungen sind nicht etwa die Ursache für eine sehr spezielle Politik, sondern Instrumente zur Durchsetzung eben dieser Politik. Die Konzeption der Politik brauchte, um umgesetzt zu werden, eben diese Erzählungen. Erzählungen, die die Gesellschaft zum Mitmachen animiert und im Extremfall dazu zwingt.

***Die angeblich dringende „Rentenreform“ ist genauso wenig dringend wie es der „Kampf gegen das Virus“, der „Kampf gegen die Klimaerhitzung“, der „Kampf gegen die russische Bedrohung“, der „Kampf gegen den Terrorismus“ und alle weiteren ganz dringenden Kämpfe und Reformen waren und sind. Hinter all diesen Agenden stecken samt und sonders Geschäftsmodelle. Geschäftsmodelle, bei denen enorme Summen von Geld bewegt und noch mehr Geld geschöpft wird.***

Und weil wir in diesem Text einen gewissen Friedrich Merz nicht nur als Bundeskanzler, sondern auch als Millionär und BlackRock-Lobbyisten ausgemacht hatten, sei noch eine Notiz hintenangestellt. Weil ja schließlich dort, wo so enorm viel Geld geschöpft und bewegt wird, unweigerlich Profiteure warten. Einer der größten dieser Tage nennt sich Rheinmetall. Der größte institutionelle Anleger von Rheinmetall heißt BlackRock (28).

***Dort unter anderem endet der Weg eines der größten Sondervermögen (gleichbedeutend mit Kredit und Schulden) des Bundes. Genau in diesen Sphären – zwischen Krieg, Spaltung von gesellschaftlichen Gruppen sowie profitablen Geschäften von Banken, Investoren und Konzernen, mittendrin Rheinmetall und BlackRock – bewegt sich der deutsche Bundeskanzler***

## **Friedrich Merz.**

Bitte bleiben Sie schön aufmerksam, liebe Leser.

---

**Redaktionelle Anmerkung:** Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel „[Inszenierung eines Rentenproblems \(https://peds-ansichten.de/2026/04/rente-reform-friedrich-merz-beamte-finanzsystem/\)](https://peds-ansichten.de/2026/04/rente-reform-friedrich-merz-beamte-finanzsystem/)“ bei [Peds Ansichten \(https://peds-ansichten.de\)](https://peds-ansichten.de).

---



**Peter Frey**, Jahrgang 1960, ist seit 1965 Dresdner, gelernter Autoschlosser, war LKW-Fahrer, Taxifahrer, selbständig in der IT-Beratung. Nach der Insolvenz war er Sozialhilfeempfänger, Hartz-IV-Empfänger, und studierte schließlich ab 2004 Informationstechnik und ist seit Jahren in Dresden in der Friedensbewegung aktiv. Er will Menschen aufwecken und so zu aktivem, selbst bestimmten, dem kleinen wie dem großen Frieden gewidmeten Handeln bewegen. Seit einigen Jahren ist er hauptberuflich als Administrator tätig und betreibt nebenher den Blog [Peds Ansichten \(http://peds-ansichten.de\)](http://peds-ansichten.de).